



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/102 - 3.5.1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Zur Tagung des Atlantik-Rates	S. 1
Der Oberste Bundesgerichtshof in USA bleibt fest	S. 3
Nachwort zu zwei Parteitagen	S. 4
Der Aussenminister und die Oder-Neisse-Linie	S. 6

Akzentverschiebung der NATO?

sp. Seit Bestehen der NATO sind nach dem Londoner "Daily Express" insgesamt 312 Mrd. Dollar für ihren militärischen Aufbau ausgegeben worden. Das sind im Gegenwert rund 1,310 Mrd. DM. Davon haben die USA 252 Mrd. Dollar ausgegeben. Zum Vergleich: Der Bundeshaushalt des letzten Jahres macht rund 35 Mrd. DM aus.

Wenn am Freitag die Aussenminister der der NATO angeschlossenen Staaten in Paris zusammentreten, werden sie sich mit der Krise in dieser Organisation auseinandersetzen haben, die entstanden ist, obwohl für sie so ungeheure Mittel aufgewendet wurden. Der Grund für diese neue Beurteilung der NATO ist darin zu sehen, dass durch die unbestreitbare Änderung im weltpolitischen Klima auch ihre eifrigsten langjährigen Befürworter, wie der amerikanische Aussenminister, zu der Einsicht gekommen ist, dass mit der ausschliesslichen Konzentration auf das rein Militärische keine vernünftige, erfolgversprechende Politik im Weltmaßstab zu machen sei.

Deshalb auch die von Dulles vor einiger Zeit gegebene Erklärung, er werde auf der bevorstehenden Tagung in Paris "zu dieser Frage einige neue Ideen vorbringen." Nach den ersten Informationen sollten sie im wesentlichen darin bestehen, neben die militärischen Aspekte auch politische und wirtschaftliche Überlegungen und Aufgaben treten zu lassen. Dagegen hat es von vornherein Bedenken gegeben. Die neuesten Berichte

aus Washington lassen erkennen, dass man dort, vielleicht aufgrund solcher Einwände, die Frage nach dem Wie noch ganz offengelassen hat. Immerhin, der Kerngedanke ist richtig: durch Förderung der unterentwickelten Gebiete, die sich politisch weitgehend mit den Ländern zwischen den Blöcken decken, der psychologischen und wirtschaftlichen Offensive der Sowjets gerade in diesen Gebieten, soweit es möglich ist, Wind aus den Segeln zu nehmen. Man beginnt in immer weiteren und einflussreicheren Kreisen einzusehen, dass die Zukunft der freien Welt im Zeichen der Koexistenz und verstärkter wirtschaftlicher Anstrengungen im Konkurrenzkampf mit der Sowjetunion liegen wird.

Die Einwände richteten sich denn auch weniger gegen das Prinzip einer verstärkten wirtschaftlichen und finanziellen Hilfe als dagegen, dass diese Massnahmen ausgerechnet von einem Block getragen und dirigiert werden sollen, der in den Ländern, auf die die Anstrengungen in erster Linie gerichtet sind, recht unbeliebt und als ausgesprochenes Machtinstrument verdächtig ist. Deshalb ist von verschiedenen Seiten der Vorschlag gemacht worden, mit diesen neuen und in der Tat sehr dringlich gewordenen Aufgaben andere Organisationen, wie etwa die UNO, die Weltbank oder auch die OEEC zu betrauen. Ein französischer Vorstoss in Richtung UNO ist zu erwarten. Bei alledem ist zu bedenken, dass nach Ansicht mancher NATO-Kreise sich solche wirtschaftlichen Hilfsmassnahmen nicht nur auf die unterentwickelten Gebiete, sondern auch auf schwache Punkte innerhalb der eigenen Organisation erstrecken sollten.

Alle diese Überlegungen befinden sich noch im Anfangsstadium. Aber ein Durchbruch zu neuen Erkenntnissen beginnt sich abzuzeichnen. Die Militär-Planer, die bisher das Gesicht und das Gewicht der NATO bestimmten, dürften in diesem Prozess einer notwendigen Anpassung an die veränderte Weltsituation etwas zurücktreten. Sie werden einen Teil des solange von ihnen fast vollkommen beherrschten Feldes den Politikern und Wirtschaftlern überlassen müssen.

*

*

*

Der Kampf um die Autobus-Sitze

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter in den USA

Der Oberste Bundesgerichtshof hat jetzt, einstimmig, eine Frage entschieden, die in den letzten Monaten viel Staub aufgewirbelt hat. Dazu zunächst folgendes: In Autobussen und anderen öffentlichen Verkehrsmitteln, die auf den Bereich eines Staates beschränkt sind, herrscht Rassentrennung. Das heisst, dass die Neger, obwohl sie denselben Fahrpreis zahlen, nur die rückwärtigen Sitzreihen benützen dürfen und selbst wenn Sitze, die der weissen Herrenrasse vorbehalten sind, frei sind, stehen müssen, falls im "Neger-Abteil" kein Platz mehr ist. In Bussen, die über die Staatsgrenzen gehen ist dagegen die Rassentrennung aufgehoben, ebenso wie in Eisenbahnen, wenn der Zug über die Staatsgrenze hinausgeht. Hier hatte der Oberste Bundesgerichtshof bereits vorher eingegriffen. Obwohl also auch im Süden Neger und Weisse auf denselben Sitzen reisen dürfen, und die Reinheit der weissen Rasse dadurch nicht gelitten hatte, halten die Demagogen der weissen "Suprematie" an der Bus-Regel in Städten fest.

Nun hat der Oberste Bundesgerichtshof in einem Urteil, das Busse in Richmond im Staate Virginia betraf, aber für den ganzen Bereich in den USA, in dem die Rassentrennung auf Bussen noch gilt, auch diese Rassentrennung als verfassungswidrig bezeichnet. Das ist wegen des berühmten Bus-Boykotts in Montgomery im Staate Alabama besonders wichtig. Dort haben sich die Neger nämlich entschlossen, diesem schändlichen Zustand ein Ende zu bereiten, indem sie sich weigerten, die "rassenreinen" Busse zu benützen. Der Ausfall des Negerpublikums hat die Bus-Gesellschaft in solche finanzielle Schwierigkeiten gebracht, dass die Fahrpreise für die Weissen um fünfzig Prozent erhöht werden mussten. Der Zorn über diese Massnahme war - und ist - so gross, dass die weissen Herren der Stadt begannen, die Organisatoren des Bus-Boykotts vor Gericht zu verfolgen. Ein Neger-Priester wurde auch verurteilt.

Die dadurch erfolgte moralische Rechtfertigung des Neger-Boykotts in Alabama ist umso wichtiger, als es sich hier um eine neue Methode des friedlichen passiven Widerstandes gegen einen Zustand handelt, den die Neger sich nicht mehr gefallen lassen und den sie mit Mitteln der Gewaltlosigkeit, durch moralische Mittel also, beseitigen wollen. Das Urteil ist ein grosser moralischer Sieg für die Neger von Montgomery -

und beinahe eine Aufmunterung an andere, den Kampf um die verfassungsmässigen Rechte aufzunehmen. Die Beharrlichkeit, mit der der Oberste Bundesgerichtshof durch seine erfreulicherweise einstimmigen Urteile dies tut, muss seine Wirkung haben.

Sinnlos und unaufrichtig

Dabei ist gerade die Art, wie in den meisten lokalen Bus-Linien die "Rassentrennung" gehandhabt wird, ein deutlicher Beweis für die völlige Sinnlosigkeit aller derartigen Massnahmen. Auf einer Bus-Linie gibt es verschiedene Wohngegenden: reiche und arme, weisse und schwarze. Wenn ein solcher Bus durch das Negerviertel fährt, gibt es sehr wenige weisse Fahrgäste - und umgekehrt. Bei solchen "Grenz-Übergängen" wird in den meisten Städten jeweils der eine Teil des Busses dadurch erweitert, dass das Zeichen "Nur für Weisse" entsprechend von den vorderen in die rückwärtigen Sitzreihen verlegt wird. Wo ein Neger gesessen ist, wird also zehn Minuten später ein Weisser sitzen. Die nur auf unterbewussten Schreckvorstellungen und bewusster Demagogie aufgebaute Rassentrennung ist eine Massnahme von seltener Unaufrichtigkeit. Das ist das Urteil fast aller Vernünftigen.

Aber es gibt in den Vereinigten Staaten im Senat und Abgeordnetenhaus, vor allem in den gesetzgebenden Körperschaften des Südens Menschen, die die Aufrechterhaltung dieses sinnwidrigen Zustandes predigen. Die Frage der Rassentrennung ist gerade wegen der Beharrlichkeit sowohl des Obersten Bundesgerichtshofes wie derer, die gegen ihn rebellieren, ein hochpolitisches Problem geworden. Vor allem wird es entscheidenden Einfluss auf den diesjährigen Wahlausgang bekommen. Einstweilen besteht besondere Gefahr aus diesem Grunde für die Demokraten. Wie so oft in der Politik gewinnt auch hier eine Minderheit eine Bedeutung, die ihr in diesem Umfang wohl kaum zukommt.

* * *

Würzburg und Stuttgart

U.L. Die feindlichen Brüder im politischen Leben der Bundesrepublik versammelten im vergangenen Monat ihre Heerscharen. Ein wenig gelichtet waren die Reihen der Freien Demokraten, auch blieb der Würzburger Parteitag der FDP die Antwort auf die Frage, was denn in dieser Zeit eigentlich liberale Politik sei, schuldig. Thomas Dekler, in eine ihm wenig gemässe Starrolle gezwängt, rechnete mit dem Kanzler ab. Er tat - 5 -

das auf seine Art, erfrischend, aber stellenweise auch recht zuge-
spitzt. Dehler dürfte aber kaum vorbeigezogen haben, wenn er auf den
Zusammenhang zwischen dem Willen zur Wiedervereinigung und einer ent-
sprechenden Politik hinwies. Der Kanzler kann uns in der Tat auf die
Dauer nicht zumuten, ihm das heisse Bemühen um die Wiedervereinigung
zu glauben, wenn er seine Politik der autoritären Späße fortsetzt
und sich gelegentlich als Bollwerk des Abendlandes gegenüber Herrn
Chruschtschow in Erinnerung bringt.

Adenauer macht es seinen politischen Gegner relativ leicht, wenn
er die Absicht haben sollte, die deutsche Öffentlichkeit weiterhin so
launig zu unterhalten, wie seine politischen Freunde auf dem Parteitag
der CDU in Stuttgart. Der Abgeordnete Friedensburg wird noch einmal
den Dank seiner Partei entgegennehmen dürfen, denn er war der einzige,
dem die Wiedervereinigung einige der Bedeutung dieses Problems gemäße
Gedanken zu äussern nahelegte. Nur wenige Freunde folgten ihm zögernd,
aber sie können sich über den Unwillen des Kanzlers damit hinwegtrösten,
Mitläufer der Zukunft gewesen zu sein. Sie mögen in ihrem Hang und
ihrer Pflicht zu kritischer Meinungsbildung bestärkt werden durch den
Ausgang der demokratischen Mutprobe, die der Parteitag der CDU mit der
Wahl von vier Stellvertretern des Parteivorsitzenden Adenauer bestand.
Das versöhnt manchen kritischen Beobachter der christlich-demokratischen
Politik, wenngleich die einstimmigen Wahlen ein zum Nachdenken anregen-
der Schönheitsfehler bleiben.

Die Rede Gerstenmaiers über den Standort der CDU in der heutigen
Zeit gab dem Zusammentreffen der christlichen Demokraten - als Aus-
gleich - eine ideologische Weihe, die man nicht einfach zur Kenntnis
nehmen kann. Viele der von Gerstenmaier formulierten Gedanken sollten
auch in anderen politischen Gruppen durchdacht und zur Diskussion ge-
stellt werden. Dies darf man auch den Ausführungen von Conze über die
sowjetische Politik und den Darlegungen Neundörfers zur Sozialreform
wünschen. Es ist ein Novum in der neueren deutschen Parteigeschichte,
dass ein so wichtiges Problem wie die Sozialreform in ihrer Lösungs-
möglichkeiten von einer Tatbestandaufnahme der gesellschaftlichen Wirk-
lichkeit ^{her} fixiert wird. Das geschieht zwar in den Experten-Gremien
anderer Parteien auch, aber die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und
Politikern sollte auf den repräsentativen Zusammenkünften der Parteien
allgemein mehr herausgestellt werden, als das bislang geschehen ist.

Ein Vergleich der beiden Parteitage in Stuttgart und Würzburg -6-

macht uns aufmerksam auf eine Schwäche des politischen Lebens in Deutschland: die schmale Mitglieder-Basis der politischen Parteien in der Bevölkerung. CDU und FDP sind darauf aus, sich zu Mitgliederparteien zu entwickeln, und das ist gut so. Fraglich bleibt nur, wie die Mitglieder aussehen werden, um die zu werben man sich anschickt. Wir halten dafür, dass nur eine umfassende politische Bildung die Voraussetzungen für eine politische Entscheidung der Staatsbürger verbessern und dieser Option einen politischen Wert geben kann.

Vielleicht lässt sich auf diese Weise auch eine Erscheinung des gegenwärtigen politischen Lebens beseitigen, die in Würzburg wie in Stuttgart offenbar wurde: die Versuchung, politische Programme und Pläne aus der jeweiligen aktuellen Machtsituation heraus zu entwickeln und sie nachträglich weltanschaulich und ideologisch zu unterbauen. Eine grössere Sachlichkeit in den Fragestellungen der Politik tut uns dringend not. Sie mit dem ernstesten politischen Engagement zu verbinden wird nicht leicht sein; dennoch müssen wir uns an diese Aufgabe heranwagen.

* * *

Eine beunruhigende Erklärung

Von Wenzel Jaksch, MdB.

Herr von Brentano hat auf einer Londoner Pressekonferenz von dem Tag gesprochen, "an dem man vor der Frage stehen könne, ob man die sieben Millionen (der Sowjetzone) befreien oder einen problematischen Rechtsanspruch (auf die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neisse) verfolgen wolle." Diese Erklärung stellt einen neuen Beweis für die Konzeptionslosigkeit der Bonner Aussenpolitik dar. Wie konnte sich der verantwortliche Bundesminister (nicht etwa ein beliebiger "Amateur") so aufs Glatteis führen lassen?

In der Bundesrepublik bestand bisher Übereinstimmung zwischen Regierung und Opposition, dass die Frage der deutschen Ostgrenzen nur durch einen Friedensvertrag geregelt werden kann, der zwischen den Alliierten und einer freigewählten gesamtdeutschen Regierung abgeschlossen wird. Unter dieser Voraussetzung haben die achteinhalb Millionen

Heimatvertriebenen in Westdeutschland den Vorrang der Wiedervereinigung bejaht. Von dieser klaren Rechtsposition abzugehen, würde die Bundesrepublik nicht nur in eine unmögliche aussenpolitische Lage bringen. Damit würde auch ein wertvolles Stück sachlicher Übereinstimmung zerstört, welches bisher zwischen Regierung und Opposition in Bonn in dieser Lebensfrage des deutschen Volkes bestand.

Herr v. Brentano muss sich darüber klar werden, dass es einen Rückzug hinter die Position des Potsdamer Abkommens bedeuten würde, wenn die Bundesregierung in eine Diskussion über die Kuppelung von Wiedervereinigung und Verzicht auf die deutschen Ostgebiete überhaupt einträte. Auf dem Tiefpunkt des deutschen Zusammenbruches haben sich die Alliierten darauf geeinigt, dass die deutschen Gebiete östlich der Oder-Neisse nur unter polnische Verwaltung gestellt werden. Es wird in dem Potsdamer Abkommen wortlich gesagt: "Die Häupter der drei Regierungen (USA, Grossbritannien und der Sowjetunion) bekräftigen ihre Auffassung, dass die endgültige Festlegung der polnischen Westgrenzen bis zur Friedenskonferenz zurückgestellt werden soll." Der seinerzeitige amerikanische Aussenminister Byrnes hat bald nach dem Kriege in seiner Stuttgarter Rede eine Revision der Oder-Neisse-Linie zugunsten Deutschlands in Aussicht gestellt. Eine ähnliche Erklärung gab inzwischen auch der britische Unterstaatssekretär Nutting anlässlich eines offiziellen Besuches in Bonn ab.

Bei dieser Sachlage hätte die Behandlung des Themas auf der Bonner Pressekonferenz dem Bundesausserminister wahrlich nicht schwer fallen dürfen. Man muss die Frage stellen: kommt Herr von Brentano die deutsche Position in der Frage der Oder-Neisse-Linie nicht oder wurde er von den "Fachleuten" seines Ministeriums so schlecht bedient?

Diese Frage interessiert nicht nur die Heimatvertriebenen. Sie geht alle Deutschen an.

* * *

Verantwortlich: Peter Raunau